

**Rede  
von**

**Alptekin Kirci, MdL**

zu TOP Nr. 31

Erste Beratung

**Land muss seiner Verantwortung gegenüber  
Landesbeamten gerecht werden!**

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/2024

während der Plenarsitzung vom 15.11.2018  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Damen und Herren!

Zu Beginn müssen wir erst einmal festhalten - das hat auch Herr Schepelmann gesagt -, dass das Bundesverwaltungsgericht in seinem Beschluss vom 30. Oktober 2018 ernsthafte Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der Besoldung der niedersächsischen Beamten seit dem Jahr 2005 festgestellt hat. Seit dem Jahr 2005 sollen unsere Staatsdiener nicht angemessen bezahlt worden sein.

Im Mai 2005 hatte das Bundesverfassungsgericht erstmals konkrete Vorgaben hinsichtlich der Mindestbesoldung gemacht. Dabei sollen die Beamtenbezüge mit der Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst und dem Nominallohnindex des jeweiligen Bundeslandes verglichen werden. In Niedersachsen sei das, seit 2005 betrachtet, nicht geschehen. Die Gesamtbetrachtung erhärte die Vermutung einer verfassungswidrigen Unteralimentation, so jedenfalls das Bundesverwaltungsgericht.

Doch sind hier die letzten Worte noch nicht gesprochen, das hat auch Herr Schepelmann gesagt. Das Bundesverwaltungsgericht hat das Verfahren hinsichtlich der aktiven Beamtinnen und Beamten dem Bundesverfassungsgericht zur weiteren Entscheidung vorgelegt. Zwar gehen wir davon aus, dass das Bundesverfassungsgericht die Besoldung der Beamtinnen und Beamten nicht als verfassungswidrig beurteilen wird, wenn die bisherigen Maßstäbe und Kriterien aufrechterhalten bleiben. Auf jeden Fall erwarten wir aber wichtige Hinweise für eine amtsangemessene Beamtenbesoldung.

Verehrte Damen und Herren, lieber Herr Oetjen,

das müssen Sie sich leider auch anhören: Es ist ein bisschen abenteuerlich, wenn sich die FDP jetzt als Fürsprecherin des Berufsbeamtentums darstellt.

Sie müssen sich - das haben Sie selber angesprochen - auch die Frage stellen lassen, wer 2005 eigentlich das Weihnachtsgeld abgeschafft hat.

Ihre Partei beschwert sich auch immer über eine überbordende Bürokratisierung und hat auch regelmäßige Angriffe auf das Berufsbeamtentum gestartet.

Ich möchte nur daran erinnern, dass Sie regelmäßig auch das Personal abbauen wollen und meinen, wir könnten mit einer sehr schlanken Verwaltung unsere Aufgaben wahrnehmen. Das müssen Sie sich auch gefallen lassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir als SPD sind nach dem Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts nicht für voreilige Schnellschüsse. Dazu hat Herr Schepelmann auch schon einige Ausführungen gemacht. Wir als SPD sind Anhänger der Idee des starken und auch handlungsfähigen Staates. Warum das wichtig ist, hat sich z. B. gerade in der Flüchtlingskrise gezeigt. Dort waren es vor allem die Beamtinnen und Beamten des Bundes, der Länder und der Kommunen. Sie haben da hervorragende Arbeit geleistet - neben den vielen Ehrenamtlichen natürlich.

Wir als SPD nehmen den Beschluss des Bundesverwaltungsgerichtes natürlich sehr ernst.

Herr Oetjen, das hatten Sie angesprochen: Auf dem ordentlichen Parteitag der SPD Niedersachsen vom 14. April haben die Delegierten der SPD-Landtagsfraktion den Auftrag erteilt, aktiv darauf hinzuwirken, dass die im Jahr 2005 vorgenommenen Einschnitte beim Weihnachtsgeld der niedersächsischen Beamtinnen und Beamten rückgängig gemacht werden. Hier soll wieder ein Gleichklang mit dem Tarifbereich hergestellt werden.

Deswegen sind wir als SPD-Landtagsfraktion auch mit den Gewerkschaften und dem Beamtenbund im Gespräch - gerade zum Thema Weihnachtsgeld. Wir suchen nach einer finanzierbaren und nachhaltigen Lösung und nicht nur nach einer sehr kurzfristigen und einmaligen Lösung.

Klar ist aber auch hier, dass wir das Wünschenswerte mit dem Machbaren zusammenbringen müssen.

Verehrte Damen und Herren,

zum Schluss möchte ich betonen, dass Niedersachsen höchst motivierte Beamtinnen und Beamte hat. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst stehen im Dienst der Menschen und für das Gemeinwohl. Hinter ihrem Handeln steckt ein demokratischer Auftrag. Er legitimiert ihr Handeln. Für viele ist es Antrieb und Motivation, eine sinnvolle Arbeit zu leisten. Das motiviert im Kleinen und Großen und gerade auch im Stillen; denn Beamtinnen und Beamte stehen auch nicht oft im Scheinwerferlicht. Ohne diese Menschen wäre unser Land Niedersachsen nicht so erfolgreich.

Vielen Dank.